

RWE-Freileitung: OVG bestätigt landespflegerische Ausgleichszahlung

Oberverwaltungsgericht Rheinland - Pfalz

Pressemeldung vom 20.12.2001 12:26 Uhr

Beim Neubau einer Hochspannungsfreileitung ist für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes eine Ausgleichszahlung zu entrichten. Dieser Ausgleich wird nicht nur für die Anlage als solche, sondern grundsätzlich für jeden einzelnen Mast fällig, entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz.

RWE erhielt die landespflegerische Genehmigung, im Westerwaldkreis eine 110 kV-Freileitung mit einer Gesamtlänge von etwa 6,5 km zu errichten. Die Leitung wird von 23 bis zu 58 m hohen Stahlgittermasten getragen. Wegen dieses Eingriffs in das Landschaftsbild setzte die Kreisverwaltung in Montabaur eine Ausgleichszahlung in Höhe von rund 680.000 DM fest. Der größte Teil dieses Betrages entfällt auf die einzelnen Masten. Der dagegen erhobenen Klage des RWE gab das Verwaltungsgericht Koblenz in erster Instanz überwiegend statt; seiner Auffassung nach bildet das gesamte aus Masten und Leitungssträngen bestehende Leitungsbauwerk einen einheitlichen Hochbau, für den ein einheitlicher - und deutlich geringerer - Ausgleich zu entrichten ist. *Das Oberverwaltungsgericht folgte in der Berufungsinstanz dieser Ansicht nicht. Es bestätigte weitgehend die Ausgleichsforderung des Westerwaldkreises.*

Die Errichtung einer 110 kV-Freileitung mit 23 Stahlgittermasten stelle auch in einem durch Autobahn und Eisenbahn-Neubaustrecke vorbelasteten Bereich einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft dar, so das Oberverwaltungsgericht. *Deshalb sei RWE als Verursacher zu einem finanziellen Ausgleich verpflichtet.* Dabei sei entgegen der Auffassung der Vorinstanz jeder einzelne über 20 m hohe Mast ein Hochbau, dessen landschaftsbeeinträchtigende Wirkung kompensiert werden müsse. Eine Gesamtbetrachtung der Anlage sei schon deshalb abzulehnen, weil die relativ dünnen Leitungsseile im Vergleich zu den Stahlgittermasten optisch zurückträten. Sie sei auch mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz unvereinbar, da jeder einzelne Stahlgittermast das Landschaftsbild in gleicher Weise störe wie ein ebenso hoher Funkmast, der mit anderen Masten nicht durch Leitungen verbunden sei.

Eine Ermäßigung des Ausgleichsbetrages unter Billigkeitsgesichtspunkten sei nicht veranlasst, befanden die Richter. *Auch wenn die Energieversorgung im öffentlichen Interesse liege, stehe bei dem Vorhaben doch die Gewinnerzielungsabsicht des Unternehmens im Vordergrund.* Aus dem Umstand allein, dass die Ausgleichszahlung knapp 20 % des Investitionsvolumens erreiche, könne nicht auf die wirtschaftliche Unzumutbarkeit geschlossen werden.

OVG Rheinland-Pfalz, Urteil aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 04. Dezember 2001, Aktenzeichen: 6 A 10965/01.OVG

Die Entscheidung kann beim Oberverwaltungsgericht angefordert werden. Oberverwaltungsgericht Rheinland - Pfalz